

Von der Ressource zum Ressourcenkonflikt? Rohstoffreichtum, Umweltverschmutzung und schwache Staatlichkeit in Melanesien

Andreas Holtz

Summary

The Melanesian area is characterized by both a high level of cultural and political heterogeneity and an abundance of resources. In many cases, state structures are weak and the state is scarcely functional. Even more importantly, the traditional big man-system supports corruption and prevents effective nation-building. With these facts in mind, this article overhauls the resource-curse thesis and examines the role of resources in Melanesian conflicts. Using West Papua, Papua New Guinea, the Solomon Islands and New Caledonia as comparative examples, it highlights the similar conditions but different outcomes in these countries. While West Papua, Papua New Guinea and the Solomon Islands can be considered weak political units, New Caledonia is performing quite well. The author suggests that the reason for this discrepancy might be New Caledonia's functioning state; thus, the meaning of resource abundance is secondary. Regarding the Melanesian conflicts, the author concludes that resources are not the original cause of conflicts but that they strongly support already existing conflicts. Alternatively, if a strong political framework is provided by state or non-state actors, resource abundance supports cooperation.

Manuscript received on 2010-06-28, accepted on 2010-12-14
Keywords: Resources, Conflict, Melanesia, Weak States

„The problem with these Pacific states is not so much that they are prone to falling apart, but rather that they have never really been put together“ (Finin/Wesley-Smith 2000:6).

1 Einleitung

Die Inselstaaten des Pazifiks tauchen in den hiesigen Medien bestenfalls als touristisch attraktive Randnotiz auf. Dass das vermeintliche „Paradies“ schon lange keine Konfliktextklave mehr ist, wird hingegen kaum thematisiert. Putsche in Fiji, Unruhen in Tonga sowie schwache bis kollabierende Staaten in Papua-Neuguinea (PNG), den Salomonen und Nauru beschreiben jedoch eine andere, konfliktträchtige Realität. Dabei ist es offensichtlich, dass es vor allem die vergleichsweise rohstoffreichen Staaten Melanesiens sind, die zumindest von einer ausgeprägten Instabilität und zum Teil von gewalttätigen Konflikten geprägt sind. In diesem Beitrag soll untersucht werden, ob Instabilitäten und Konflikte auf der Insel Neuguinea und in den anderen

melanesischen Staaten und Gebieten mit den Begriffen Ressourcenfluch und -konflikt erklärt werden können oder ob hier andere Gründe maßgeblich sind. Dabei finden besonders ökologische Aspekte Beachtung.

Im Rahmen einer solchen Ursachenforschung sollte versucht werden, Abgrenzungen zwischen den entsprechenden Variablen zu ziehen und die unabhängige Variable zu identifizieren. Dazu ist es notwendig, die zunächst hypothetische Korrelation zwischen Rohstoffreichtum, Umweltzerstörung und Konflikt, mithin also zwischen Ursache und Wirkung zu beleuchten, ohne vorab einem „resource and war paradigm“ (Ron 2005:445) zu verfallen. Im nächsten Schritt sind die Konzepte staatlicher Funktionalität bzw. Dysfunktionalität zu beachten, die auf die pazifische Realität angewandt werden.

2 Zu den Begriffen: Ursache, Rohstoff, Ressourcenfluch, Konflikt, schwache Staatlichkeit

Um eine mögliche Korrelation zwischen Rohstoffreichtum, Umweltzerstörung und Konflikt diskutieren zu können, ist zunächst zu klären, was unter dem Begriff der Ursache zu verstehen ist, damit Wirkungsverhältnisse eindeutig dargestellt werden können. Generell lässt sich die Ursache anhand dreier konstitutiver Merkmale kennzeichnen: die Ursache geht der Wirkung zeitlich voraus, sie ist das wesentliche Moment bei der Entstehung einer Erscheinung und schließlich besteht zwischen Ursache und Wirkung das Prinzip der Nichtumkehrbarkeit (vgl. Billing 1992:24f).

Ein weiterer vorab klärungsbedürftiger Punkt besteht in der Definition von Rohstoffen. Rohstoffe sollen hier als natürliche Grundstoffe verstanden werden, die durch Primärproduktion gewonnen und industriell genutzt werden. Dazu gehören wiederherstellbare Rohstoffe (z.B. Holz), prinzipiell wiederherstellbare mineralische Rohstoffe, metallische Rohstoffe (z.B. Erze), nicht metallische Rohstoffe (z.B. Steine und Salze) sowie fossile Rohstoffe (z.B. Kohle, Erdöl und -gas) und bitumenhaltige Stoffe (vgl. Franke 2009:6). Die Rohstoffdefinition alleine ist jedoch noch nicht ausreichend. Vielmehr erscheint es notwendig, die Verfügbarkeit der Rohstoffe zu betrachten, die sich vor allem über den Preismechanismus identifizieren lässt. Im Bereich der metallenen Rohstoffe Kupfer und Gold, die für Melanesien von Bedeutung sind, lässt sich eine Verfügbarkeit unterhalb der Nachfrage festhalten. So sind allein die Kupfer- und Goldpreise zwischen 2001 und 2004 um 81% bzw. um 51% gestiegen (vgl. Behrendt et al. 2007:10). Zudem zeigt sich eine Steigerung der Zuwachsraten für den jährlichen globalen Energieverbrauch; stieg dieser in den 1970er Jahren noch um 1,4 % pro Jahr, so waren es 2005 bereits 4 %. Die Internationale Energieagentur (IEA) rechnet bis 2030 mit einer Zunahme der globalen Energienachfrage von rund 50%, so dass rasante Preissteigerungen bzw. Einnahmewachse in den Erzeugerländern kaum zu vermeiden sind (vgl. IEA 2010:1ff).

Das Vorhandensein von Rohstoffen und deren ausgeprägte externe Nachfrage sowie eine überdurchschnittliche Abhängigkeit von Einnahmen aus dem Rohstoffsektor¹ sind grundlegend notwendig für das Konzept des „Ressourcenfluchs“ (Auty 1993). Grundsätzlich wird darunter das Phänomen verstanden, dass Staaten mit reichen Rohstoffvorkommen ein geringeres Wachstum als Staaten ohne diese Vorkommen aufweisen. Neben dieser ökonomischen Dimension zeigt sich aber auch die Tendenz zur politischen Instabilität vor allem vor dem Hintergrund einer zunehmenden Ineffektivität staatlicher Institutionen, die bis hin zu offenen und gewaltsamen Konflikten reichen kann (vgl. Boschini et al. 2007:593-617, Hodler 2006:1367-1386, Mehlum et al. 2006:1-20, Robinson et al. 2006:447-468) und die hier von Interesse ist. Der Zusammenhang zwischen Rohstoffvorkommen und Konflikten zeigt sich anhand der Wirkungskette *ökologische Knappheit – soziale Effekte – Konflikt*, wobei die ökologische Verknappung die Ausbeutung erneuerbarer Rohstoffe im Verbund mit einem starken Bevölkerungswachstum² und einer ungleichen Verteilung der Gewinne umschreibt (vgl. Homer-Dixon 1994:31). Zwar geht das Konzept des Ressourcenfluchs v.a. von extraktiven und damit nicht-erneuerbaren Rohstoffen aus. Im Rahmen einer Folgenanalyse zeigt sich jedoch eine abbaubedingte ökologische Degradation beispielsweise durch die Zerstörung von Ackerland, Wald oder Frischwasser, so dass hinsichtlich der Auswirkungen nicht zwischen erneuerbaren und nicht-erneuerbaren Rohstoffen zu unterscheiden ist.

Paradoxiertweise führen im Rahmen eines Ressourcenfluchs die als Renten bezeichneten Einnahmen aus dem Rohstoffabbau nicht unbedingt zu einem wirtschaftlichen Wachstum, sondern oftmals zu einer Entwicklungsbremse. Gründe für die rohstoffbedingte Schwächung eines Staates liegen erstens in einem unkontrollierten *rent-seeking*. Einkommen aus Rohstoffen lässt sich hier mit einem geringen wirtschaftlichen Aufwand bei einer hohen Gewinnerwartung erzielen, was

¹ Hierbei wird von dem Begriff der Ressourcenökonomie ausgegangen. Darunter ist eine Volkswirtschaft zu verstehen, deren Exporte sich zu mindestens 40% aus dem Export von Rohstoffen zusammensetzen und deren Bruttoinlandsprodukt zu mindestens 10% durch den Rohstoffsektor erwirtschaftet ist (vgl. Auty 2004:6). Für die hier behandelten Staaten und Gebiete ergibt sich folgendes Bild (Anteil Rohstoffe am Export/Anteil Rohstoffe am BIP): Papua-Neuguinea (80%/26%; siehe www.usgs.gov v. 10.06.2010, PNGs Statistikbehörde weist für das jeweils letzte berechnete Jahr einen geringeren Rohstoffanteil an den Exporten [44,9%, 2002] bzw. am BIP [12,7%, 2006] aus, siehe www.nso.gov.pg v. 14.06.2010), Salomonen (66%/35,5%; siehe www.spc.int/prism/country/sb/stats/ v. 14.06.2010), Neukaledonien (94%/12,4%, siehe www.isee.nc v. 14.06.2010). Für Fiji (5,6%/1,1%; siehe www.statsfiji.gov.fj v. 14.06.2010) und Vanuatu (8,4%/0,5% siehe www.spc.int/prism/country/VU/stats/ v. 14.06.2010) sind geringere Kennzahlen festzustellen, so dass diese nicht unter dem Begriff der Ressourcenökonomie zu subsumieren sind. Für West-Papua sind keine vollständig gesonderten Exportzahlen generierbar. Die Rohstoffanteile an den lokalen BIPen der beiden indonesischen Provinzen auf Neuguinea, Papua und Papua Barat, betragen 69% bzw. 17%. Der Exportanteil an Rohstoffen in Papua beträgt 98% (vgl. <http://dds.bps.go.id/eng/> v. 14.06.2010).

² Das Bevölkerungswachstum der hier betrachteten Gebiete und Staaten ist relativ hoch. PNG: 2,03 %, Vanuatu: 1,36 %, Salomonen: 2,27 %, West-Papua (Indonesien): 1,84 % (1,1 %), Fiji: 0,83 %, Neukaledonien: 1,56 %. Im Vergleich dazu Deutschland: -0,06 % (www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html v. 12.06.2010, Elmslie 2010:2).

zu einer starken Anreizwirkung und somit zu einem starken Wettbewerb führt. Sind dazu die Mechanismen der Rentenverteilung intransparent, lässt sich kaum noch eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung generieren. Im Gegenteil zeigen sich Korruption, antidemokratische Tendenzen sowie eine Schwächung der staatlichen Institutionen. Zweitens zeigt sich eine große Abhängigkeit von den jeweiligen Märkten, die durch die fehlende Ausdifferenzierung der entsprechenden Ökonomien zu einer wirtschaftlichen Instabilität führt (vgl. Ahrend 2006:8). Ein dritter Problem-bereich betrifft die Erlöse aus dem Rohstoffverkauf, die sowohl den Wechselkurs der eigenen Währung als auch das lokale Lohnniveau ansteigen lassen. Damit zusammenhängend werden Importe auf dem Binnenmarkt wettbewerbsfähig und verdrängen einheimische Produkte. Durch diesen Effekt entsteht eine neue Wirtschaftsstruktur, die traditionelle Wirtschaftszweige absterben lässt (*dutch disease*).

Ineffektive Staatsapparate tragen nicht dazu bei, die schnellen Einkommenszuwächse sinnvoll zu verarbeiten, was wiederum die Basis für schwere bis gewalt-same Verteilungskämpfe darstellt und oftmals die Korruption fördert (vgl. Carbonnier 2007:88-91). Insgesamt zeigt sich, dass eine intransparente und ungeregelte Ausbeutung umfangreicher Rohstoffvorkommen tendenziell das wirtschaftliche Gefüge und die gesellschaftliche Kohäsion untergraben sowie die politischen Institutionen schwächen. Damit einhergehend ist die Verarmung der lokalen Bevölkerungsgruppen, *bad governance* und eine ökologische Degradation zu beobachten. Besonders negative Folgen entstehen, wenn die Exporteinnahmen nur einer Elite nützlich sind und eine effektive Kontrolle nicht gegeben ist. In solchen Fällen erwachsen informelle und meist stark vernetzte Interessengruppen, welche die Einnahmen veruntreuen. Festzuhalten ist eine statistische Korrelation zwischen Rohstoffreichtum und Korruption sowie schwachem Wirtschaftswachstum (vgl. Clemens/Fuhrmann 2008:17). Jedoch ist bezüglich der Korruption zu fragen, ob Rohstoffvorkommen für diese ursächlich oder lediglich unterstützend sind.

Durch die Berücksichtigung bestimmter Interessengruppen ist zudem eine Zunahme klientelistischer Strukturen, und damit ein Anwachsen entsprechender Positionen in der Administration, verbunden (vgl. Lane/Tornell 1996:213ff). Dadurch stabilisieren die Einnahmen vor allem die jeweiligen staatlichen Eliten. Der Rentier ist zu seiner Finanzierung nicht mehr auf eine Besteuerung angewiesen, so dass die Bevölkerung keinen Angriffshebel zur Gewährung von Partizipationsrechten besitzt. Die staatliche Alimentierung gesellschaftlicher Gruppen führt schließlich zu einer weitgehenden Depolitisierung, was die Verfestigung autoritärer Strukturen weiter unterstützt (vgl. Beck 2007:44). Vor allem die ungleiche Verteilung der Rohstoff Erlöse und die mangelnde Partizipation können Konflikte begründen, was eine Brücke vom Ressourcenabbau zu Konflikten aufbaut. Diese Verbindung tritt dann besonders stark auf, wenn die staatlichen Institutionen nur schwach ausgeprägt sind. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, dass eine Verbindung zwischen der Qualität der staatlichen Institutionen und ressourceninduzierten Konflikten besteht (vgl. Mehlum et al. 2005:16f). Trotz der statistischen Korrelation zwischen Rohstoffreich-

tum und Konflikten – Studien zeigen, dass das Bürgerkriegsrisiko besonders dann steigt, wenn ein Drittel oder mehr des Bruttosozialprodukts aus dem Rohstoffsektor stammt (vgl. Collier/Hoeffler 1998:563-573) – ist der Zusammenhang also nicht unbedingt zwingend. Allerdings unterstützen Rohstoffvorkommen bereits bestehende Konflikte, weswegen es lohnt, den Begriff des Konflikts näher zu erläutern.

Für Gantzel und Schwinghammer basieren Konflikte auf einem „Interessengegensatz zwischen Gegnern“ (1995:20). Bei der Übertragung auf Melanesien zeigt sich ein solcher Interessengegensatz besonders in Bezug auf Landrechtsfragen. In den ursprünglichen melanesischen Gesellschaften ist individuelles Eigentum zugunsten des gemeinschaftlichen Eigentums traditionell nicht bekannt. Die in sich geschlossenen Gruppen haben zudem meist kein Bewusstsein für die Organisationsform des Staates. Ein abstrakter Staat, der Land nimmt, liegt außerhalb des Vorstellbaren. Öffentliches Land ist im Pazifik eher die Ausnahme.³

Umweltflüchtlinge, die Land für sich beanspruchen, werden als Eindringlinge eingestuft und dem entsprechend behandelt. Die Landrechtsproblematik ist im gesamten Pazifik offensichtlich, in Melanesien sogar hochgradig konfliktbeladen. Für die Bewohner der pazifischen Inseln stellt Land ein kulturelles Gut dar, das nicht nur eine subsistenzwirtschaftliche Lebenssicherung ermöglicht, sondern darüber hinaus die persönliche Identität bestimmt. Die Insellage bedingt eine natürliche Landknappheit, so dass traditionelle Landverteilungssysteme bis in die Gegenwart als indigene Landrechte Bestand haben. Allerdings werden diese Landrechte ohne schriftliche Fixierung noch immer lediglich mündlich weitergegeben. Hinzu kommt, dass sie innerhalb eines Staates, einer Insel oder auch nur von Clan zu Clan unterschiedlich sind. Die Landrechte in den pazifischen Staaten sind als ein flexibles Beziehungssystem zwischen einer Gruppe von Menschen zu verstehen, das sich an die entsprechenden Umweltbedingungen anpasst (vgl. für das Beispiel PNG Seib 2001:3) und somit nur sehr schwer statisch per Gesetz fixiert werden kann.

Die Schwierigkeit, traditionelle Rechtsinstitute mit den Vorgaben eines modernen Staates zu verbinden, zeigt sich vor allem angesichts der Schwäche der melanesischen Staaten. Ausgehend vom Demokratischen Rechts- und Interventionsstaat lassen sich die Sicherheits-, Rechtstaatlichkeits-, Demokratie- und Sozialstaatsfunktion als Funktionen des modernen Staates verstehen (vgl. Schneckener 2004:8f). Die Schwäche eines Staates ist also primär darüber bestimmbar, inwiefern diese Funktionen gewährleistet werden. Vor allem nachkoloniale Staaten, denen als Staatsnationen teils die Anerkennung der eigenen Bevölkerung fehlt, oder Staaten, die nur über unzureichende eigene Kapazitäten verfügen, erfüllen diese Staatsfunktionen nicht und gelten demnach als schwache Staaten. Von zerfallenen oder gar gescheiterten Staaten auszugehen erscheint vorschnell, da der Nationbuilding-prozess hier noch nicht abgeschlossen ist. Die staatliche Schwäche unterstützt in diesem Zusammen-

³ Öffentliches Land ausgewählter pazifischer Staaten in Prozent: Fiji: 8%, PNG: 3%, Salomonen: 9%, Vanuatu: <1% (vgl. Larmour 1990:53-68).

hang die Verbindung zwischen ökologischer Degradation und Sicherheitsbedrohung. Diese erscheint dann als gerechtfertigt, wenn die Lebensqualität der im betroffenen Staat lebenden Bürger drastisch eingeschränkt wird und wenn der betroffene Staat nicht in der Lage ist, etwas gegen die Auswirkungen der ökologischen Degradation zu unternehmen (vgl. Chalk 2000:77).

Die Funktionstüchtigkeit der hier behandelten Staaten und Gebiete lässt sich anhand der Ergebnisse ihrer *governance indicators* darstellen, die einer globalen Studie von Daniel Kaufmann et al. (2009:80-97) entnommen sind. In diesem Kontinuum von +2,5 bis -2,5 schneiden die hier betrachteten Staaten mit Ausnahme des französischen Gebietes Neukaledonien im allgemeinen Durchschnitt eher schlecht ab, obgleich sich das schwache Niveau zu stabilisieren und die vermehrte Ausbeutung von Rohstoffen keine weitere Verschlechterung des staatlichen Handelns hervorzurufen scheinen. Stärkere Schwankungen zeigen lediglich die Salomonen sowie im Bereich der politischen Stabilität Indonesien. Im Einzelnen liegen die Werte für die sechs untersuchten Indikatoren *voice and accountability*, *political stability*, *government effectiveness*, *regulatory quality*, *rule of law* und *control of corruption* im Zeitraum zwischen 1996 bis 2008 für Indonesien vor allem zwischen -1,2 und -0,2, wobei der Indikator *political stability* 2003 einen vorübergehenden Tiefpunkt von -2 erreicht hat. PNGs Werte liegen einheitlich zwischen -1,2 und -0,4. Eine Ausnahme bildet hier der Indikator *voice and accountability*, der sich um den Nullpunkt eingependelt hat. Die Salomonen zeigen ein recht uneinheitliches Bild. Während sich der Indikator *voice and accountability* ausgehend von einer 1,2 1996 gegenwärtig um den Nullpunkt stabilisiert, schwanken die verbleibenden Bereiche extrem, was als Auswirkungen der ethnischen Spannungen sowie der folgenden RAMSI-Intervention⁴ bewertet werden kann. Deutlich wird dies bei den beiden Indikatoren *government effectiveness* und *regulatory quality*, die in der Hochzeit der Krise auf unter -2,4 sinken, um sich nach der Intervention zu erholen. Seit der Konfliktbefriedung konnten sich die beiden Indikatoren *political stability* und *voice and accountability* ebenso wie die *control of corruption* deutlich verbessern. Seit 2005 liegen alle Werte im Bereich zwischen -1,2 und 0,4. Gänzlich andere Werte lassen sich für Neukaledonien festhalten, das abgeleitet vom französischen Mutterland über den gesamten Untersuchungszeitraum konstante Werte zwischen 0,8 und 1,6 aufweist. Deutlich wird hier, dass die Funktionstüchtigkeit des Staates besser gewährleistet ist als bei den übrigen melanesischen Staaten und Gebieten, wobei Vanuatu (-0,76 – 0,59) und Fiji (-0,68 – -0,06) ausdrücklich mit eingeschlossen sind. Zwar zeigen sich in den vergleichsweise rohstoffärmeren Staaten Fiji und Vanuatu bessere Werte als in den übrigen souveränen melanesischen Staaten; dennoch erscheint mit Ausnahme Neukaledoniens die Feststellung einer schwachen Staatlichkeit begründet.

Um trotzdem zumindest rudimentäre staatliche Funktionen auszuüben, können derartig schwache Staaten Teile ihrer Souveränität an nicht staatliche Akteure (so ge-

⁴ RAMSI = Regional Assistance Mission to the Solomon Islands.

nannte *public private partnerships* mit Unternehmen, NGOs und Familien/Klientel) oder aber an andere Staaten delegieren (vgl. Risse 2005:9f, Andonova 2010:25f). Zumindest für die Delegation des Staates an nicht-staatliche Akteure kann festgehalten werden, dass es sich um eine staatliche Entstaatlichung des Staates handelt. In Melanesien werden dort tätige Bergbauunternehmen angesichts kaum vorhandener staatlicher Verwaltungsstrukturen von der lokalen Bevölkerung als staatlicher Ersatz angesehen, da die Unternehmen nicht nur als Arbeitgeber agieren, sondern beispielsweise auch medizinische Dienstleistungen bereitstellen und die Ordnung aufrecht erhalten. Dies ist die „einzige verbleibende Chance in einer Gesellschaft, deren staatliche Strukturen so schwach sind, dass sie sich in selbstreferenzieller Weise von ihren eigenen Bürgern weitgehend zurückgezogen haben“ (Schilder 2005:60).

3 Rohstoffe in Melanesien

Melanesien bildet vor Polynesien und Mikronesien die flächenmäßig größte der drei Subregionen des Pazifiks. Neben PNG zählen zu Melanesien die Staaten Vanuatu, Salomonen und Fiji⁵ sowie das französische *collectivité sui generis* Neukaledonien als autonomes Überseegebiet. Hinzuzurechnen ist auch der westliche Teil Neuguineas, der die beiden indonesischen Provinzen Papua und Papua Barat, hier zusammengefasst als West-Papua, umfasst. Insgesamt leben in Melanesien rund 8,06 Mio. Menschen, so dass es mit großem Abstand die bevölkerungsreichste Subregion im Pazifik darstellt.

Die Insel Neuguinea verfügt über reiche Gold-, Silber- und Kupfervorkommen sowie über große Vorkommen an Nickel, Erdöl und -gas. Auf Neukaledonien befinden sich die drittgrößten Nickelvorkommen der Welt sowie Chromerze und Mangan. Die Salomonen bieten Gold und Bauxit. Vanuatu und Fiji in geringerem, und hier deswegen zu vernachlässigendem Ausmaße, Mangan bzw. Gold und Kupfer. Allen melanesischen Staaten ist gemein, über große Vorkommen an Tropenholz zu verfügen (vgl. von Krosigk 1994:302f, Angleviel 2003:155).

Die Bedeutung der Rohstoffe ist für die einzelnen Staaten enorm. So macht der Export von Rohstoffen z.B. in PNG nach Angaben des United States Geological Survey National Center rund ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts und vier Fünftel des Exports aus (www.usgs.gov v. 10.06.2010). Die überwiegende Zahl der abhängig Tätigen in PNG ist zudem neben öffentlich Beschäftigten in den einzelnen wachsenden Bergbau- und Petroleumprojekten tätig.

Darüber hinaus muss festgehalten werden, dass die Minenprojekte auch außerhalb der eigentlichen Minentätigkeit für Beschäftigung sorgen, indem Arbeitskräfte für den Bau einer Mine und die dazugehörige Infrastruktur oder die Versorgung der dort Beschäftigten benötigt werden (vgl. Fairbairn 1993:4). Schließlich sorgen Arbeits-

⁵ Fiji bildet hierbei jedoch insofern eine Ausnahme, als dass es zwar geografisch zu Melanesien gezählt wird, kulturell aber eher Polynesien zuzuordnen ist.

plätze für eine Zunahme an Individualisierung und Gendergerechtigkeit – auch wenn dadurch traditionelle Lebenswelten aufgebrochen werden. Angesichts der enormen Vorkommen an Rohstoffen und ihren Erlösen – alleine die Ok Tedi-Mine im Westen PNGs sollte insgesamt einen geschätzten Erlös von 38 Mrd. US\$ erwirtschaften (vgl. McBeth 1994:31) – scheinen die Arbeitnehmer auch künftig beschäftigt zu sein. Dasselbe gilt für den Abbau von Erdöl und vor allem Erdgas. In einem groß angelegten Projekt planen die Betreiber Exxon-Mobil (USA) und Oil Search (Australien)⁶ ab 2014 pro Jahr 6,06 Mio. m³ Erdgas zu gewinnen. Es wird ein Vorkommen von 227 Mrd. m³ vermutet. Das Investitionsvolumen umfasst eine Gesamtsumme von 14,2 Mrd. US\$ und ist damit fast so hoch wie das gegenwärtige Bruttoinlandsprodukt PNGs in Höhe von rund 14,9 Mrd. US\$. Mit einem geschätzten Gesamterlös von rund 31 Mrd. US\$ hat das Ende 2009 bewilligte Projekt das Potenzial, PNGs Bruttoinlandsprodukt zu verdoppeln und die Exporteinnahmen gar zu verdreifachen (vgl. Wälterlin 2010) sowie eine Vielzahl von Arbeitsplätzen zu schaffen. Bislang sind nur rund 15% der Bewohner PNGs abhängig beschäftigt. Die übrigen 85% sind v.a. Selbstversorger.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich im angrenzenden West-Papua ab. Analog dem unabhängigen Teil Neuguineas sind auch hier reichhaltige Rohstoffvorkommen vorhanden. Vor allem an den Küsten und an den Unterläufen der großen Flüsse investieren hauptsächlich internationale Konzerne in die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Dazu gehören neben den inzwischen stark schrumpfenden Tropenhölzern vor allem Kupfer- sowie Erdöl- und Erdgasvorkommen. Bereits 1936 entdeckten die Niederlande als Kolonialmacht reichhaltige Kupfervorkommen. Seit 1970 ist der US-Konzern Freeport Sulphur mit seiner Tochter Freeport Indonesia in West-Papua aktiv. Ebenfalls seit den 1970er Jahren wird zunächst durch die staatliche indonesische Erdölfirma Pertamina und in der Folge durch die Firma Petromer Trend aus Südafrika Erdöl gefördert. Bis zum Ausbruch von Unruhen 1982 wegen fehlender Kompensationszahlungen lag die Fördermenge bei bis zu 130.000 Barrel pro Tag. Holz und Erdöl sind in Indonesien inklusive West-Papua die wichtigsten Rohstoffe (vgl. Kistermann 2006:214f, Pazifik-Informationsstelle 1994:90ff).

In Neukaledonien zeigen sich ähnlich beeindruckende Zahlen. Neben kleineren Vorkommen von Kobalt, Chrom, Eisenerz, Mangan, Kupfer, Gold und Phosphat wird die Rohstoffausbeutung vor allem durch die Nickelvorkommen bestimmt (vgl. Jardin 1999:1). Gleichwohl wurden vor der Küste Neukaledoniens Erdgasvorkommen lokalisiert, welche die Konzentration auf Nickel zukünftig mindern könnte (vgl. Crocombe 2001:336). Die Nickelvorkommen dominieren dennoch einen großen Teil der neukaledonischen Wirtschaft. Insgesamt verfügt Neukaledonien über rund 25% des weltweiten Nickels. Jedoch hat die Nickelindustrie mit 12% einen weitaus geringeren Anteil am Bruttoinlandsprodukt als vergleichbare Rohstoffe in PNG, obgleich Nickelprodukte 2007 vor dem Hintergrund ihrer Exportpreise 94%

⁶ Die Regierung PNGs ist an Oil Search mit 17 % beteiligt.

des gesamten Exportvolumens ausmachten. Die Beschäftigungswirkung der Nickelproduktion ist vergleichsweise gering: Nur knapp 4% der rund 102.000 Personen im arbeitsfähigen Alter sind dort beschäftigt. Zwar sind rund ein Viertel der globalen Nickelvorkommen neukaledonisch, aber lediglich 4,1% des weltweit verarbeiteten Nickelmetalls stammen von der Insel. Dieses Ungleichgewicht soll sich besonders dadurch verbessern, dass neben der bislang einzigen Nickelverarbeitungsfabrik Doniambo zwei weitere Werke errichtet werden, die für zusätzliche Arbeitsplätze sorgen (vgl. Kowasch 2009: 8-11).

Insgesamt zeigt die ökonomische Performance Neukaledoniens weitaus bessere Werte als die der melanesischen Nachbarn. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sich Neukaledonien stärker diversifiziert hat und dass hier aufgrund des andauernden Abhängigkeitsverhältnisses zu Frankreich neben bedeutenden Transferleistungen aus Paris (25% des BIPs) funktionierende staatliche Institutionen vorhanden sind. Darüber hinaus spielt in Neukaledonien der Tourismus eine signifikante Rolle. Wenig überraschend ist in diesem Zusammenhang die Verteilung der Arbeit. Während in PNG 85% der Arbeitnehmer trotz Minenwirtschaft in der Subsistenzwirtschaft tätig sind und lediglich 15% im sekundären und tertiären Sektor ihr Auskommen finden, ist das Verhältnis in Neukaledonien bedeutend entspannter: jeweils ein Fünftel arbeitet im primären und sekundären Sektor, während drei Fünftel im tertiären Sektor beschäftigt sind (www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/nc.html v. 11.06.2010).

In den übrigen melanesischen Staaten Salomonen, Vanuatu und Fiji sind natürliche extraktive Ressourcen zwar im geringeren Maße vorhanden, spielen aber bislang lediglich eine untergeordnete Rolle. Vanuatu setzt ökonomisch vor allem auf Landwirtschaft, seine Offshore-Wirtschaft sowie auf den Tourismus, während die Salomonen nicht zuletzt durch die Unruhen im Land (vgl. Holtz 2008:290ff) bis in die Gegenwart trotz vorhandener Vorkommen kaum extraktive Rohstoffe gefördert haben.

Gleichwohl bedeutend ist die Forstwirtschaft für die Salomonen. Gegenwärtig ist das Tropenholz das Hauptexportgut der Salomonen. Durch den Zusammenbruch dieses Marktes infolge der Asienkrise der ausgehenden 1990er Jahre verlor der Inselstaat rund die Hälfte aller Arbeitsplätze in der Forstwirtschaft. Die Asian Development Bank schätzte, dass dieser Crash das salomonische BIP um bis zu 25% geschmälert hat (vgl. www.adb.org/Documents/Books/ADO/2003/sol.asp vom 11.06.2010). Im Jahre 1998 begann die australische Firma Ross Mining mit der Förderung von Gold in Gold Ridge auf der Insel Guadalcanal. Bedingt durch die ethnischen Spannungen kam der Goldabbau jedoch ebenso zum Erliegen wie die Ausbeutung der reichhaltigen Fischbestände durch die japanische Firma Solomon Taiyo Ltd., welche die einzige Fischfabrik im Land unterhielt. Insgesamt sind die Einnahmen aus dem Export um rund 60% gefallen. Der Wegfall der Goldförderung und der Rückzug der Japaner unterstreicht die Bedeutung des Holzes als Exportgut.

Der Anteil der Forstwirtschaft am Export wird inzwischen auf 85% geschätzt. Trotz der enormen Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges ist die Regierung der Salomonen nicht in der Lage, dem illegalen Abholzen der Wälder Einhalt zu gebieten (vgl. Australian Government 2004:110-121).

4 Ökologische und soziale Folgen des Rohstoffabbaus in PNG

Die ökologischen Folgen der Ressourcenausbeutung in PNG zeigen sich besonders in der intensiven Minen- und Holzwirtschaft. Hier sind vor allem die großen Minenbetriebe wie Ok Tedi, Lihir, Panguna, Porgera oder Ramu Nickel zu nennen.

Rund 85% der Bevölkerung PNGs betreibt Subsistenzwirtschaft, so dass jede Form ökologischer Degradation einschneidende Folgen mit sich bringt. Hier sind vor allem die Folgen der Abholzung sowie die Vergiftung von Gewässern zu nennen (vgl. Lienert-Emmerlich/Krieg 2008:185). Eines der umfangreichsten Tropenholzprojekte in PNG ist das Kiunga Aiambak Timber Project, dem eine tiefgreifende Verflechtung von Politik und Wirtschaft zu Eigen ist. Den Betreibern Paiso Ltd. und Concord Pacific konnte nachgewiesen werden, ein Einflussnetz in allen Bereichen des politischen Lebens in PNG gespannt zu haben. Damit war die Realisierung eines Projektes möglich, dass die staatliche Aufsichtsbehörde PNG Forest Authority bereits 1995 als illegal einstufte. Im Zentrum des Geschehens steht der malayischstämmige Geschäftsmann Philip Lee, der durch seine Verbindungen zu Parlamentariern und Ministern bis hin zum Premierminister trotz negativem Votum der Forstbehörde die zum Abholzen erforderlichen Konzessionen erhielt. Interventionsmöglichkeiten der mit dem eigenen Land eng verbundenen lokalen Bevölkerung bestanden nicht. Diese musste ihr Land verlassen, was bedeutende kulturelle Auswirkungen und existenzielle Folgen hat.

4.1 Kupfer, Gold, Nickel: Panguna, Lihir und Ramu

Durch die Gewinnung von Gold, Kupfer und Nickel entstehen ökologisch besonders negative Folgen. Beim Lösen dieser Erze aus dem Stein bildet sich eine teils toxische Schlacke, die trotz bestehender Auflagen ggf. einfach verklappt wird. Im Resultat zeigen sich sterbende Flussläufe sowie verseuchte Küstenstreifen an den Flussmündungen. Dabei sterben artenreiche und biologisch produktive Lebensgemeinschaften ab (Wissenschaftlicher Beirat 2001:32). Eines der folgenreichsten Minenprojekte in PNG war die Panguna-Mine auf der Insel Bougainville. Bereits Anfang der 1960er Jahre wurde dort Kupfer entdeckt, das in der Zeit zwischen 1972-1989 durch die Bougainville Copper Ltd. als Teil der britischen Bergbaufirma Rio Tinto ausgebeutet wurde. Der Abraum bedeckt seitdem große Flächen, die zuvor gerodet wurden. Dasselbe gilt auch für den Bau neuer Siedlungen und Straßen, da die Mine 26 km vom Meer entfernt liegt. Neben der Verschmutzung der Flüsse wurden mit dem Abholzen der Wälder gleichsam viele Tierarten dezimiert. Das Minensediment

fürte darüber hinaus zur Verschlammung vorher landwirtschaftlich intensiv genutzter Flussufer. Bei der Aufnahme der Förderung wurden durch die damalige australische Verwaltungsmacht weder Umwelt- noch Sozialverträglichkeitsstudien erstellt. Aber auch das dann souveräne PNG nahm ökologische Kollateralschäden in Kauf, indem es seine Wirtschaft sowie seine Entwicklungsziele voll auf die Ressourcenausbeutung ausrichtete. In den 1970er und 80er Jahren bildete Panguna einen gewichtigen Pfeiler in PNGs Volkswirtschaft, da allein diese Mine 16% der Staatseinnahmen verantwortete (vgl. Böge 2001:6). Die von der minenbedingten Umweltzerstörung betroffenen Bewohner sabotierten ab 1988 den Minenbetrieb, da Kompensationszahlungen ausblieben und die Minengewinne sehr ungleich verteilt wurden. In der Betriebszeit der Mine strich die Zentralregierung 62% der Einnahmen ein, 33% gingen an die Betreiber, 4% an die Provinz und lediglich 1% erhielten die landbesitzenden Clans. Schließlich förderte die Mine auch die Zuwanderung von Fremden nach Bougainville. Viele der Arbeiter und das gesamte Management stammten nicht von der Insel, was angesichts der Besetzung von Arbeitsplätzen mit Auswärtigen zu weiteren sozialen Spannungen führte. Mit dem Bau der zwei völlig neuen Städte Arawa und Panguna verschärften sich die Spannungen zusätzlich, da somit der Dorfcharakter des in Clans strukturierten Zusammenlebens gesprengt wurde (vgl. Böge 1998:5). Die Intensität des Konflikts nahm immer mehr zu, so dass sich aus zunächst vereinzelt Sabotageakten der blutigste Konflikt im inselpazifischen Raum seit 1945 entwickelte. Zwischen 1988 und 1998 forderte der Konflikt, der zur Schaffung der Bougainville Revolutionary Army als Gegenspieler der PNG Defence Forces führte, 20.000 Menschenleben, also rund 10% der Bewohner Bougainvilles (vgl. Böge 2005:126). Nicht übersehen werden darf in diesem Zusammenhang, dass die Mine zwar einen gewaltigen An Schub für den Bürgerkrieg brachte, ihn aber gleichzeitig nicht ursächlich begründete. Die Bewohner Bougainvilles sahen sich angesichts ihrer engen Verbindungen zu den Inseln der Salomonen nie als einen Teil PNGs.⁷ Tatsächlich erklärte sich die Insel zwei Wochen vor der formalen Unabhängigkeit PNGs am 16.09.1975 als eigener Staat für souverän. Die Regierung in Port Moresby antwortete mit der Entsendung von Truppen, um anderen Sezessionsbestrebungen zuvorzukommen (vgl. Mückler 2000:12,74). Zusätzlich wurden die indigenen Landrechte nicht geachtet. Die Minenbetreiber nahmen fälschlicherweise an, mit den Männern der lokalen Clans über die Landnutzungsrechte verhandeln zu müssen. Da die Gesellschaft auf Bougainville aber matrilinear organisiert ist, waren Männer zur Verhandlungsführung nicht befugt, so dass nach indigenem Rechtsverständnis keine rechtsgültige Abmachung getroffen wurde (vgl. Böge 2001:29).

⁷ Die im Nordwesten PNGs gelegene Insel Bougainville gehört als eine der insgesamt 20 Provinzen (19 Provinzen sowie der Hauptstadtdistrikt) ethnisch zu den Salomonen (vgl. dazu allgemein Taylor 1965).

Ähnlich verlaufen auch andere Bergbauprojekte in PNG. Das Minenprojekt selbst verwüstet weite Landstriche und macht dieses Land für die traditionellen Bewohner unbrauchbar. Die subsistenzwirtschaftlich organisierte Bevölkerung verliert ihr Land und damit meist ihre Lebensgrundlage, ohne ausreichend entschädigt worden zu sein. Die Minen bringen den Menschen aber auch Arbeit und geldwerten Wohlstand, was wiederum die traditionellen Regelungsmechanismen und Lebensgewohnheiten in Frage stellt. Dies lässt die bisherigen sozialen Systeme zumindest stark erodieren, was Alkoholismus, Drogenkonsum und Prostitution fördert. Die Ungleichverteilung an Geldern, oftmals durch falsche Landtitel erschlichen, führt zu sozialen Spannungen.

Der minenbedingte Gesteinsabbau verschmutzt weite Gebiete und Gewässer. Für die Goldmine auf der Insel Lihir wurde ein Gesteinsabraum von 340 Mio. t ins Meer gekippt. Weitere 90 Mio. t Erzschlamm wurden über Pipelines in 125 m Tiefe ins Meer geleitet. Cyanid, Arsen, Blei und Cadmium sorgen für ein Absterben des maritimen Lebens (vgl. Rüde 1999:6f). Ein ähnliches Verfahren mit ähnlichen Problemen und Folgen wird auch bei der relativ neuen Ramu Nickel-Mine in der Madang-Provinz eingesetzt. Hier kommt ebenfalls erschwerend hinzu, dass der Minenbetreiber erstmals ein staatliches chinesisches Unternehmen ist, das vorrangig chinesische Arbeiter beschäftigt und somit den erhofften Beschäftigungseffekt stört. Indigene Arbeiter genießen zudem nur selten dieselben Rechte wie die Chinesen, was wiederholt zu Spannungen vor Ort, aber auch zwischen der VR China und PNG führte (vgl. dazu allgemein Forell 2009).

4.2 Schwacher Staat und starke Unternehmen: Ok Tedi

Ein weiterer schwerer Fall von Umweltzerstörung zeigt das Beispiel der Ok Tedi Gold- und Kupfermine im Westen PNGs. Umweltgutachten des Betreibers Ok Tedi Mining Ltd. (OTML) kamen zwar zu der Einschätzung, dass die Umweltauswirkungen angesichts der zu erwartenden Erträge vertretbar seien. Jedoch zeigte sich bald nach Beginn der Förderung von Kupfer 1988, dass die Realität weit weniger optimistisch einzuschätzen war. Ein aus Rentabilitätsgründen nicht errichtetes Rückhaltebecken war der Grund dafür, dass die feinen kupferreichen Bearbeitungsrückstände ungehindert in das Flusssystem der Flüsse Fly und Ok Tedi gelangen konnten, was direkte Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen hatte. Darüber hinaus wurden Millionen Tonnen an Erzurückständen und Abraum in das Flusssystem geleitet. Allein zwischen 1991-95 verantwortete die Mine jährlich 25 Mio. t Erzurückstände und 40 Mio. t Abraum, was dem Dreizehnfachen der natürlichen Sedimentbelastung und dem Vierzigfachen dessen entsprach, was die OTML noch 1984 als vertretbar ansah (vgl. Seib 1998:3, Burton 1997:37). Fehlende Rückhaltedämme und extreme Regenfälle führten im August 1989 zu einem Bergrutsch und zu einer einmaligen Abgabe von 70 Mio. t Abraum in das Flusssystem. PNGs staatlicher Umweltaufsicht fehlten sowohl die finanziellen Mit-

tel als auch das Personal, so dass von staatlicher Seite keine Sanktionen folgten. Nicht unerwähnt darf in diesem Zusammenhang bleiben, dass PNG mit 20% an der Mine beteiligt ist.⁸ Der Minenbetrieb betraf nicht nur die 102 Dörfer mit ihren rund 30.000 zunächst nicht entschädigten Bewohnern (1989) im Einzugsgebiet der Mine, sondern auch 7.000 Flüchtlinge aus dem benachbarten indonesischen West-Papua, die bereits vor dem Minenbau angesichts von Landrechtsstreitigkeiten für Konfliktstoff sorgten (vgl. Seib 1998:5). Allerdings rief Ok Tedi einen juristischen Widerstand hervor, so dass es 1996 zu einer Einigung zwischen den Minenbetreibern und den Landbesitzern kam. Im Rahmen einer im australischen Melbourne ausgehandelten Schlichtung wurden 4 Mrd. AUS\$ (rund 2,6 Mrd. €) als Klagewert angesetzt. Tatsächlich wurden 210 Mio. Kina (58 Mio. €) an die Minengeschädigten als Kompensation gezahlt. Dieser vergleichsweise geringen tatsächlichen Zahlung ging ein Gesetz voraus, das Klagen gegen den australischen Hauptanteilseigner Broken Hill Proprietary (BHP) außerhalb PNGs als kriminelle Handlung bewertet. BHP „unterstützte“ PNGs Regierung in der Verabschiedung dieses Gesetzes (vgl. Burton 1999).

Diese vermeintliche Erfolgsgeschichte entpuppt sich allerdings bei genauerem Hinsehen als ein Lehrstück für manipulierte Traditionen, welche die negativen Folgen des Rohstoffabbaus in Melanesien erst entstehen lassen. Vereinbarte Kompensationszahlungen kamen nicht vollständig bei den Betroffenen an. Stattdessen verschlechterte sich beispielsweise die Infrastruktur noch weiter, obgleich die Provinz, in der die Ok Tedi Mine liegt, nominell zu den reichsten Provinzen in PNG gehört. Ein Teil der Zahlungen versickerte in der Hauptstadt Port Moresby sowie bei einzelnen Entscheidern, was die zunehmende Kluft zwischen den armen und reichen Bevölkerungsteilen unterstreicht (vgl. Seib 2006:161). Hintergrund dieses Missmanagements und der grassierenden Korruption ist neben persönlicher Gier und einer überforderten staatlichen Administration die kulturelle Struktur Melanesiens, innerhalb von Kleingruppen zu leben und kein Verständnis für einen modernen Staat aufzubringen (vgl. dazu allgemein Larmour 2003:24-34, Mückler 2000:17).

4.3 Traditionalismus und moderne Staatlichkeit

Die klassische Führungsperson ist der sogenannte *Big Man*, der als politischer Unternehmer agierend für den Wohlstand seiner Gruppe sorgt, die ihm wiederum Loyalität entgegenbringt. Das Verhältnis basiert auf Geben und Nehmen. Die traditionellen *Big Men* nutzen ihre Stellung, um sich in Administration und Wirt-

⁸ Jeweils 30% entfielen auf die australischen Firmen DAMCO und ANOCD, jeweils 7,5% auf die Deutsche Metallgesellschaft und die DEGUSSA sowie 5% auf die deutsche DEG. Deutsche Firmen wie die Aurubis AG (vormals Norddeutsche Affinerie) in Hamburg profitieren von der Mine. 10% des dort verarbeiteten Kupfers kommt aus Ok Tedi. Umgekehrt nimmt das Unternehmen 20% des Kupfers von dort ab (vgl. Wolf 2002, Schilder 2005:65). DAMCO und ANOCD gehören zum australischen Konzern Broken Hill Proprietary, der inzwischen nach der Fusion mit der britisch-niederländischen Billiton zur BHP Billiton der größte Minenbetreiber der Welt ist.

schaft als Ansprechpartner einbinden zu lassen. Als Parlamentarier in PNG erhalten sie aus einem *Electoral Development Fund* ungeprüft Mittel für verschiedene Entwicklungsprogramme, die häufig dazu missbraucht werden, um sich bei ihren lokalen Herkunftsgruppen die Gefolgschaft zu sichern (vgl. Böge 2004:73). Aus diesem *slush fund* stehen jedem Parlamentarier 500.000 Kina (ca. 140.000 €) zur Verfügung (vgl. Ketan 2007). Durch diese sehr ausgeprägte und staatlich geförderte Form von *bad governance* verpuffen mögliche positive Effekte des Bergbaus in PNG; der *weak state* PNG wird noch mehr geschwächt und Konflikte gefördert (vgl. Seib 1998:12, 2000:4ff, Filer 1997:179, May 1998:54-73, Regan 1997:82-93). Die Hauptprobleme in PNG bestehen demnach weniger im Abbau von Rohstoffen und sich ggf. daraus entwickelnden Ressourcenflüchen, sondern vielmehr in bereits bestehenden Konfliktlinien: „Social relationship, identities and land are the things that matter in Melanesia, and to believe that conflicts of any kind, even ‘resource’ conflicts, can be primarily about anything else is an illusion“ (Banks 2008:31). Die Entwicklung von der Ressource zum Ressourcenfluch und die Entstehung von Konflikten greift hier mitunter zu kurz und widerspricht auch den Prämissen der oben aufgestellten Ursachendefinition. Zwar wirken Rohstoffe in PNG als Konfliktbeschleuniger und beinhalten somit einen konsekutiven Charakter, der die Kennzeichnung von Rohstoffen als Fluch verständlich macht. Der Rohstoffabbau ist aber nicht ursächlich für Konflikte, welche die von Banks festgehaltenen klassischen melanesischen Züge tragen (vgl. Schilder 2005:57). Unterstrichen wird diese These auch durch die sehr schwachen staatlichen Institutionen in PNG, die eine negative Bedeutung eines Ressourcenabbaus erst ermöglichen.

5 West-Papua als machtpolitischer Spielball

Ähnlich rohstoffreich wie der östliche Teil der Insel Neuguinea ist auch der westliche Teil, der seit 1963 zum Staatsgebiet Indonesiens zählt (vgl. Chauvel/Bhakti 2004:13). Allerdings ergibt sich hier auch eine Komponente der internationalen Politik, die in anderen Gebieten Melanesiens so nicht feststellbar ist. West-Papua war Teil von Niederländisch-Ostindien, dem heutigen Indonesien. Nach der Unabhängigkeit Indonesiens 1949 blieb West-Papua zunächst noch unter niederländischer Herrschaft, nachdem sich der indonesische Innenminister und Verhandlungsführer Mohammed Hatta vorerst für ein melanesisches West-Papua ausgesprochen hatte. Hatta musste sich jedoch dem indonesischen Druck beugen, weswegen auch er später eine „groß-indonesische“ Lösung verfolgte. Vorausgegangen waren umfangreiche Verhandlungen, die vor dem Hintergrund des Kalten Krieges der 1950er und 1960er Jahre zu bewerten sind. Der damalige indonesische Präsident Sukarno beanspruchte das Gebiet für Indonesien und wurde dabei von der UdSSR unterstützt. Auf der Gegenseite sahen die USA die Gefahr eines sozialistischen Indonesiens, weswegen sich Washington gleichfalls entschloss, Sukarnos Forderung zu unterstützen und Druck auf die Niederlande auszuüben, nicht weiter ein unabhängiges West-Papua anzustreben (vgl. MacLeod 2007:140ff). Die Niederlande stimmten unter dem

Vorbehalt zu, 1969 ein Referendum über die Unabhängigkeit bzw. über die Zugehörigkeit zu Indonesien durchzuführen. Das Referendum wurde zwar durchgeführt und bestätigte die Zugehörigkeit West-Papuas zu Indonesien; deren Umstände waren jedoch zumindest zweifelhaft. Seit 1963 begann Indonesien zunächst vereinzelt, Menschen vor allem von den dichtbesiedelten Inseln Java und Sumatra im Zuge der Transmigrasi-Politik nach West-Papua umzusiedeln, so dass die Papuas zu einer Minderheit im eigenen Land wurden.⁹ Darüber hinaus ist die Abstimmung über ausgesuchte Wahlmänner, Bestechungen und Folter intensiv manipuliert worden (Bonay/McGrory 2004:439). Dieser *act of free choice*, der von Kritikern auch als *act of no choice* bezeichnet wird, gab den Startschuss für den beginnenden Konflikt zwischen Indonesien und der OPM (Organisasi Papua Merdeka – Organisation Freies Papua) auf Seiten West-Papuas. Obgleich die OPM den indonesischen Sicherheitskräften weit unterlegen ist, gab sie den Anlass für weitreichende Repressionen.¹⁰ Als Resultat lassen sich vor allem zwei Folgen festhalten: Zum einen wurde eine papuaische Identität angesichts einer ähnlichen Fragmentierung wie in PNG durch die Repressionen Indonesiens überhaupt erst ermöglicht (vgl. Chauvel/Bhakti, 2004:viii). Zum anderen nutzt das indonesische Militär den Rohstoffreichtum des Gebiets, um sich selbst zu finanzieren, so dass in West-Papua die Grenze zu einer Gewaltökonomie mitunter überschritten wird.

5.1 Ökologische und soziale Folgen des Rohstoffabbaus in West-Papua: Tropenholz und Militär

Kupfer, Gold, Öl und Tropenholz sind die wichtigsten Rohstoffe in West-Papua. Dem Abbau dieser Rohstoffe stehen dieselben Probleme wie im benachbarten PNG gegenüber: Landrechtsstreitigkeiten, Überfremdung und damit zusammenhängend die Erosion traditioneller Systeme im Rahmen einer verlorenen Identität. Durch die Holzwirtschaft werden jährlich rund 500.000 Hektar Regenwald vernichtet. Holz ist nach Öl der zweitwichtigste Devisenbringer in Indonesien, so dass es wenig über-

⁹ Die Ergebnisse der letzten Volkszählung 2010 zeigen für die beiden Provinzen West-Papuas eine Gesamtpopulation von insgesamt 3.612.854 Menschen, wobei im Gegensatz zu früheren Zählungen nicht mehr zwischen indigenen Papuas und Zugewanderten unterschieden wurde. Leitet man aus den getrennten jährlichen Wachstumsraten beider Bevölkerungsgruppen der letzten Zählungen (Indigene 1,84 %, Zugewanderte: 10,82 %, 1971-2000) ihre gegenwärtigen Aufteilungen ab, so ergibt sich ein Verhältnis von 49,55 % (Indigene) zu 50,45 % (Zugewanderte). Mit diesen Zahlendaten lässt sich eine Projektion für 2020 vornehmen, die zu einer Abnahme der Indigenen auf 28,99 % bzw. zu einer Zunahme der Zugewanderten auf 71,01 % führt (vgl. Elmslie 2010:2f).

¹⁰ Die OPM wurde in der 1980er Jahren von Vanuatu und Libyen unterstützt, wodurch sich der lokale Konflikt regionalisierte. Chronologisch lässt sich der Konflikt in mehrere Phasen gliedern: 1) Indonesisches Insistieren auf Inkorporation West-Papuas bei gleichzeitigem Widerstand Australiens und der Niederlande (1949-59); 2) Transferkrise zwischen Australien und den Niederlanden auf der einen und Indonesien auf der anderen Seite, Formierung des internen Widerstands in West-Papua (1960-69); 3) Transmigrasi: Verschärfung des Konflikts durch indonesische Umsiedlungspolitik (seit 1969); 4) Internationalisierung des Konflikts durch Vanuatu und Libyen (1980-90), Intensivierung durch Rohstoffabbau (vgl. Leidhold 1991:339ff).

rascht, dass trotz Umweltschutzvorschriften rund 75% des Holzes illegal in Verbindung mit einer grassierenden Korruption geschlagen werden (vgl. Hirschberger 2005:9f). Dabei sollte nicht übersehen werden, dass das illegale Abholzen zwar die Korruption fördert, gleichzeitig aber auch eine Korrelation zwischen korrupten Regimes und Abholzung besteht, was Rohstoffe als *Konfliktursache* negiert (vgl. Koyuncu/Yilmaz 2009:213-222). Unterstützt wird die Abholzung des Regenwaldes durch die Vergabe konditionierter Kredite zur Unterstützung einer makroökonomisch orientierten Strukturpolitik seitens der Weltbank, die zunächst Anreizstrukturen bei der Nutzung von Holzressourcen geschaffen hat und somit die Abholzung tropischer Regenwälder fördert, obgleich diese Politik in Indonesien und PNG inzwischen lokal korrigiert wurde (vgl. Wissenschaftlicher Beirat 2001:122).

Neben den globalen ökologischen Folgen der Regenwaldabholzung, sind die lokalen Auswirkungen auf Menschen und Tiere enorm. Lokale Gruppen werden durch den Einschlag vertrieben und wandern in andere Gebiete ab, wo es zu Vertreibungskonflikten mit den dort lebenden Bewohnern kommt. Geschützt wird dieses rücksichtslose Vorgehen meist ausländischer Firmen durch das indonesische Militär. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu 75% des indonesischen Verteidigungshaushalts über derartige „Leistungen“ bewältigt wird (vgl. McCulloch 2003:121). Es liegt also im Interesse der Sicherheitskräfte, möglichst wenig für Sicherheit zu sorgen und bestehende Konflikte anzuheizen, um ihren eigenen Einsatz zu rechtfertigen. Indonesiens Militärs sind darüber hinaus selbst im überwiegend illegalen Tropenholzgeschäft tätig, sie betreiben Baumaßnahmen, die zwecks Profitmaximierung oftmals von minderer Qualität sind, trainierten in West-Papua Widerstandsgruppen im Ost-Timor-Konflikt und sind maßgeblich für die Ausbreitung von HIV verantwortlich (vgl. Wing/King 2005:1-10, Giay 2001:129ff).

5.2 Kupfer, Gold und Silber: die Ertsberg/Grasberg-Mine

Noch über die Holzwirtschaft hinaus belastet die Minenwirtschaft das sensible ökologische und soziale System in West-Papua. Die größte dortige Mine ist die Ertsberg/Grasberg-Mine¹¹, die seit 1973 von der Firma Freeport Indonesia Inc. betrieben wird. Dort wird neben Kupfer und Gold auch Silber gefördert. Freeport ist eine 80%ige Tochter der US-amerikanischen Freeport Sulphur, 20% gehören dem indonesischen Staat. Ermöglicht wurde der Abbau durch die 1967 vom damaligen Präsidenten Suharto vollzogene Öffnung Indonesiens für ausländische Direktinvestitionen, obgleich die Schürfrechte bereits 1963 an Freeport vergeben wurden (vgl. Böge/Franke 2007:17). Um die Mine überhaupt betreiben zu können, musste an der Fundstelle des Kupfers eine komplette Stadt, Tembagapura, errichtet und eine 110 km lange Pipeline zum Meer erbaut werden. Einher geht damit, ähnlich wie in PNG,

¹¹ Die Ertsberg-Mine wurde 1989 wegen Erschöpfung der Vorräte stillgelegt. 1988 wurden am benachbarten Grasberg weitere Vorräte an Kupfer und Gold entdeckt, so dass dort die Förderung 1992 wieder aufgenommen wurde.

eine Verschmutzung der Umwelt und vor allem eine Vertreibung der lokalen Bevölkerung. 700.000 t Gestein werden in der Mine täglich bewegt und die rund 200.000 t Erzabfälle, die jeden Tag anfallen, werden ungeklärt in die Flüsse geleitet (*riverine tailings disposal*), so dass Flussufer verschlammen, Fische und Wälder absterben und das Trinkwasser vergiftet wird. Die ansässigen Amungme wurden von ihrem Areal vertrieben und an die Küste umgesiedelt, ohne ausreichend entschädigt worden zu sein. Als Reaktion beschädigte die OPM die Pipeline, was zum Einsatz des indonesischen Militärs zum Schutz der Mineneinrichtungen führte. Zu Hochzeiten der Auseinandersetzung 1977 kamen bis zu 5.000 Papuas in der Operasi Tumpas (Operation Auslöschung) ums Leben (vgl. Pazifik-Informationsstelle 1994:65,91; Schilder 2005:63). Insgesamt wird die Mine von rund 2.300 Einsatzkräften der indonesischen Armee „geschützt“.¹² Angesichts von über 1,8 Mrd. US\$ an Steuereinnahmen allein im Jahr 1992 bzw. rund 1 Mrd. US\$ in 2005¹³ (vgl. ebda., Meek/Walton 2007) ist der Eifer des indonesischen Militärs ebenso zu verstehen wie das Fehlen jeglicher Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudien (vgl. Böge/Franke 2007:17, Leith 2003:163ff). Eine weitere Folge des Minenbetriebs zeigt sich in der Stadt Tembagapura. Städte als Siedlungsform sind für die lokalen Bewohner unbekannt. Die neu gebaute Stadt wurde nach den Vorstellungen der westlichen Betreiber errichtet und sorgte für eine kulturelle Instabilität mit den bereits aus PNG bekannten Folgen. Hinzu kommt, dass die Lebensbedingungen in der Stadt ebenso wie die Verteilung des Minengewinns äußerst ungleich sind. Bedeutend schlimmer für die bis dato isoliert lebende lokale Bevölkerung ist allerdings der Zustrom Fremder. Anfang der 1980er arbeiteten 452 Australier und Amerikaner sowie 1.859 Indonesier in der Mine, die das traditionelle Zusammenleben nachhaltig störten. Zudem schafft die Mine keine Verbesserung der lokalen Lebensverhältnisse, da kaum einheimische Papuas beschäftigt werden (vgl. Brundige et al. 2004:26).¹⁴ Freeport ist ein Beispiel für die Verquickung von internationalen Wirtschaftsinteressen, Gewaltökonomie und politischem Nutzen in Indonesien. Am Beispiel dieses Minenprojekts wird deutlich, wie sich Indonesien den Verbleib West-Papuas im staatlichen Verbund durch Konzessionen erkaufte hat (vgl. Pazifik-Informationsstelle 1994:90).

¹² Für diese individuellen „Schutzmaßnahmen“ des Militärs in der Zeit zwischen 1998 und 2004 sollen 30 Mio. US\$ von Freeport an das Militär bzw. dessen Führer geflossen sein. Freeport revanchiert sich darüber hinaus mit der Bereitstellung von Fahrzeugen für den Gefangenentransport und Container für Häftlinge (vgl. Böge/Franke 2007:19, Bonner/Perlez 2006). Die amerikanisch-indonesische Zusammenarbeit funktioniert auch im Rahmen des betriebseigenen Sicherheitsdienstes, der sich unter anderem aus ehemaligen FBI- und CIA-Mitarbeitern zusammensetzt (vgl. ebda.).

¹³ Allerdings bekommen die beiden indonesischen Provinzen auf Neuguinea von diesem Geldsegen nicht viel zu sehen. Nur 6% der Steuereinnahmen verbleiben dort, während die restlichen 94% von der Zentralregierung eingestrichen werden (vgl. Meek/Walton 2007).

¹⁴ Rund 26% der Beschäftigten sind indigene Papuas (vgl. Blair/Philipps 2003:52).

5.3 Erdgas als Ordnungsfaktor: Tangguh Liquefied

Die Erfahrungen mit Freeport lassen die Befürchtung nicht unbegründet erscheinen, dass im kürzlich angestoßenen Tangguh Liquefied Gas-Projekt zur Ausbeutung der Erdgasvorkommen ähnliche Muster zu Tage treten können. Allerdings ist bei diesem Projekt zu konstatieren, dass sich der Betreiber BP verpflichtet hat, Umwelt- und Sozialrichtlinien über das gesetzliche indonesische Maß hinaus zu respektieren und einzuhalten.

Die umfangreichen Erdgasvorkommen wurden 1994 entdeckt. Als federführende Firma agiert die BP Berau Ltd., eine 100%ige Tochterfirma der BP. BP hält gut 37% der Anteile.¹⁵ Das Investitionsvolumen beläuft sich bis 2012 auf 5 Mrd. US\$ und ist damit gegenwärtig das größte Investitionsprojekt in Indonesien. Die ökologische Einflussnahme und der Umfang des Projekts werden tiefe soziale Transformationen in einem Gebiet beschleunigen, wo Land eine kulturell-spirituelle Bedeutung hat, es traditionell kein individualisiertes Eigentum gibt und staatliche Strukturen quasi nicht existent sind. Aufgrund der umfangreichen sozialen und ökologischen Anstrengungen des Betreibers ist hier mit relativ wenig ökologischer Degradation und in der Folge mit relativ wenig sozialem Sprengstoff zu rechnen, zumal sich BP auch dafür ausgesprochen hat, möglichst viele Papuas zu beschäftigen sowie einen Großteil des Ertrags (70% laut Autonomiegesetz Papuas) in der Provinz zu belassen und damit die einheimische Bevölkerung an den Früchten der Ausbeutung beispielsweise durch eine spürbare Verbesserung der Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen teilhaben zu lassen (vgl. Böge/Franke 2007:54ff). Wenn dies gelingen sollte, dann ist hier von einem Rohstoffsegen auszugehen und nicht von einem Rohstofffluch. Dem entgegen steht allerdings die äußerst fragile Staatlichkeit in dieser Region Indonesiens und das fehlende Verständnis für einen Staat als Organisationseinheit seitens der lokalen Bevölkerung.

Tangguh wird demnach zu einem Prüfstein für Versprechen werden, bei denen das Betreiberkonsortium zu beweisen hat, ob es die Nachteile der fragilen indonesischen Staatlichkeit durch eigenes Engagement auszugleichen vermag, so dass es zu einer erfolgreichen *private public partnership* kommt. In der abschließenden Bewertung ist von einer ähnlichen Ausgangslage wie im benachbarten PNG auszugehen. Jedoch muss festgehalten werden, dass hier die historischen Gegebenheiten durch die indonesische Okkupation West-Papuas anders sind. Die bestehende Auseinandersetzung zwischen der OPM und den indonesischen Sicherheitskräften ist zunächst ein Konflikt um die Unabhängigkeit West-Papuas und erst in zweiter Linie rohstoff-induziert. Allerdings gilt auch hier, dass die vielfältigen Rohstoffe West-Papuas bislang nicht dazu beitragen, die Situation zu verbessern. Auch aus diesem Grund ist das Tangguh-Projekt zukünftig zu beobachten, da es unterstreichen könnte, dass Rohstoffe und Konflikte nicht in einer Muss-, sondern in einer Kann-Beziehung

¹⁵ Die restlichen 63% verteilen sich auf Firmen aus Japan und China.

zueinander stehen und mitunter auch zu Kooperationen führen (siehe dazu allgemein Biermann et al. 1998:302). Dass eine solche Entwicklung auch in Melanesien möglich ist, beweist das Beispiel Neukaledonien.

6 Ökologische und soziale Folgen des Rohstoffabbaus in Neukaledonien

Allerdings hat man es in Neukaledonien im Vergleich zu PNG und West-Papua mit einem durchaus handlungsfähigen Staat zu tun. Neukaledonien ist trotz des Zugeständnisses einer Abstimmung über den Verbleib bei Frankreich nach wie vor Teil des französischen Staates. Die französische Penetration ist zudem bereits so lang anhaltend, dass traditionelle Regelungsmechanismen nicht mehr denselben Status wie in den übrigen melanesischen Staaten haben. Der Staat ist hier ein anerkanntes Ordnungsinstitut. Zwar war auch Neukaledonien nicht konfliktfrei. Der Dissens bestand aber in der Frage der neukaledonischen Unabhängigkeit und war nicht ressourceninduziert. Die Befreiungsorganisation „Front Libération Nationale Kanak et Socialiste“ (FLNKS) führte einen teils bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit Neukaledoniens, der von anderen souveränen melanesischen Staaten unterstützt wurde. Allerdings ist der Rückhalt in der Bevölkerung geteilt. Die Gegner der Unabhängigkeit sind in der „Rassemblement pour la Calédonie dans la République“ (RPCR) organisiert, welche den Verbleib beim französischen Mutterland nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen favorisiert. Rund 25% des BIPs Neukaledoniens sind Transferzahlungen aus Frankreich (vgl. Angleviel 2003:155-167, Ammann/Iten 2004:71). Natürlich sind auch in Neukaledonien Umweltbelastungen durch den Nickelabbau feststellbar. Allerdings wacht der Staat darüber¹⁶, dass die entsprechenden Vorschriften eingehalten und die vereinbarten Kompensationszahlungen geleistet werden. Darüber hinaus steuert der Staat den Abbau sozialverträglich, indem eine Nickelverarbeitungsfabrik für den unterentwickelten Norden der Insel geplant ist (vgl. Kowasch 2009:11). Damit tragen die Rohstoffvorräte dazu bei, die Ungleichverteilung von Reichtum nicht zu vergrößern, sondern zu vermindern. Von einem Rohstofffluch oder gar einem Rohstoffkonflikt kann hier also nicht die Rede sein. Das Beispiel Neukaledonien unterstreicht also die Bedeutung der Qualität und Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen gerade in rohstoffreichen Ländern, die maßgeblich dazu beiträgt, die positiven Effekte von Rohstoffvorkommen zu nutzen (vgl. Mehlum et al. 2005:16f).

¹⁶ Es müsste hier besser heißen, dass der Staat Frankreich über die Fähigkeiten und Kapazitäten zur Überwachung und Sanktionierung verfügt.

7 Ökologische und soziale Folgen des Rohstoffabbaus auf den Salomonen

Die Salomonen bieten für einen möglichen Zusammenhang von Ressourcen und Konflikten vergleichbare Voraussetzungen wie PNG oder West-Papua. Vor allem der malayisch dominierte Holzzabbau führte zu einer Überdehnung der Ressource Holz (vgl. Greenpeace International 1994) und zu einer grassierenden Korruption (vgl. Larmour 2004:243), blieb aber noch unter der konflikträchtigen Grenze. Es ist zu konstatieren, dass die ethnischen Spannungen, denen letztlich der Einsatz der australisch geführten RAMSI-Intervention folgte, mit den reichhaltigen Ressourcen des Inselstaates nichts zu tun hatten, obgleich v.a. die Forstwirtschaft soziale und ökologische Folgewirkungen aufzeigt. Hier waren es vor allem ungelöste Landrechtsstreitigkeiten und Klientelismus bei der Vergabe von Posten zwischen einheimischen Bewohnern der Hauptinsel Guadalcanal und Zuwanderern von der Nachbarinsel Malaita, die zum Ausbruch des Konflikts führten (vgl. Holtz 2006:52). Paradoerweise ist es gerade dieser Konflikt, der über die RAMSI-Intervention das Land stabilisiert. Die selbstgestellte Aufgabe von RAMSI besteht v.a. darin, das Land zu befrieden und die staatlichen Funktionen zu gewährleisten, wobei vor allem die Wirtschaft und das Justizwesen im Mittelpunkt stehen (vgl. Wieters 2004:3f). Angesichts eines derartig aufzubauenden starken Staates sind neuguineische Verhältnisse nur schwer vorstellbar. Allerdings fehlt es den Salomonen und der Aufgabenstellung von RAMSI an einem klaren Nationbuilding, so dass zu vermuten ist, dass der salomonische Konflikt nach Abzug von RAMSI wieder neu entfacht (vgl. Moore 2008:386-407). In solch einem konflikträchtigen Klima eines dann wieder schwachen Staates dürften Rohstoffe eine entscheidende Rolle einnehmen.

8 Fazit

In den vorangegangenen Beispielen wurde die Rolle von Rohstoffen in den Staaten und Gebieten Melanesiens untersucht. Es stellte sich die Frage, inwieweit hier eine Verbindung von Rohstoffabbau und Konflikträchtigkeit besteht. Dabei wurden zwar gleiche Ausgangspositionen in Form eines intensiven Rohstoffabbaus, aber Ungleichheiten im Ergebnis festgestellt.

Die Kennzeichen eines Ressourcenfluchs, die sich u.a. in einer Alimentierung und Depolitisierung der jeweiligen Bevölkerungen zeigen und in diesem Zusammenhang autoritäre Strukturen ermöglichen bzw. unterstützen, lassen sich im Hinblick auf Ressourcen und v.a. angesichts der bisherigen Unvereinbarkeit von moderner Staatlichkeit und gesellschaftlicher Tradition zwar beobachten. Eine Alimentierung im Rahmen von *Big Men*-Systemen und ein dazu gehörender Klientelismus sowie eine Depolitisierung durch ein mangelndes Bewusstsein für eine staatliche Organisationsform gehören aber auch ohne bedeutende Rohstoffvorkommen faktisch mit zu den konstitutiven Kennzeichen melanesischer Staaten. Von einem Fluch der Ressourcen ist hier also nicht auszugehen; wohl aber von einem konfliktunterstützenden Poten-

zial, das durch die schwachen staatlichen Institutionen noch befördert wird. Unter derartig gegebenen Voraussetzungen ist das dortige akzelerierende Konfliktpotenzial von Ressourcen nicht zu vermindern.

Grundsätzlich ist also festzuhalten, dass traditionelle Regelungsmechanismen in Form egalitärer *Big Man*-Systeme – v.a. vor dem Hintergrund einer damit verbundenen Korruption¹⁷ – sowie der traditionellen Landrechte dem Verständnis eines einheitlichen modernen Staates weitgehend widersprechen und ihn damit von innen aushöhlen. Dieses Grundproblem eines fehlenden Bewusstseins für die Organisationsform Staat ist in Melanesien insgesamt zu beobachten. Verschärfend kommt hinzu, dass sich durch die Besiedelung eine räumliche und sprachliche Dichotomie zwischen Küste und Hochland herausgebildet hat, die in den heutigen Staaten in einen Zentrum-Peripherie-Konflikt mündet (vgl. Mückler 2000:89-95). Die dadurch zu Tage tretende staatliche Schwäche im Rahmen faktisch funktionsunfähiger Institutionen bietet die Grundvoraussetzung für eine negativ besetzte Bedeutung von Ressourcen in Melanesien und in diesem Zusammenhang auch für das Entstehen von Ressourcenkonflikten, die ihrerseits wiederum die Wirkungskette *Umweltverschmutzung-Migration-Landrechtsstreitigkeiten-Konflikt* bedingen. Obgleich Rohstoffe eine tragende Rolle spielen, ist zu unterstreichen, dass angesichts dieser Strukturen auch ohne nennenswerte Rohstoffe eine Konfliktrichtigkeit gegeben ist, sofern Traditionen nicht durch eine lange externe Penetration und eine funktionierende Staatlichkeit wie in Neukaledonien auf einen eher privaten Umfang reduziert werden.

Im Einzelnen zeigt sich als Resultat, dass die Konfliktgründe in PNG inklusive Bougainville bereits eine lange Geschichte aufweisen. Dasselbe gilt auch für West-Papua. In beiden Fällen trifft ein schwacher Staat auf umfangreiche Rohstoffvorkommen, deren Ausbeutung schließlich bestehende Konflikte enorm verschärft. In anderen melanesischen Staaten und Gebieten ist die Korrelation von Rohstoffabbau und Konflikten entweder wie auf den Salomonen zweitrangig oder wie in Fiji und Neukaledonien nicht gegeben. In Fiji und Vanuatu zeigt sich zudem eine sehr geringe Ressourcenabhängigkeit.

Insofern spielt der Ressourcenreichtum bzw. die Ressourcenausbeutung hier eher eine konfliktverstärkende Rolle, so dass von einer originären Determinante nicht auszugehen ist. Im Gegenteil zeigt sich, dass die umfangreichen melanesischen Rohstoffvorkommen bislang tendenziell eher zu einer politischen Stabilisierung

¹⁷ Der aktuelle *Corruption Perceptions Index* von Transparency International zeigt die Korruption anhand einer Skala von 0-10. Je höher der Wert, desto geringer ist die Korruption. Für die hier beleuchteten Staaten und Gebiete gelten folgende Ergebnisse: PNG: 2,1 (154 v. 178), West-Papua (Indonesien) sowie Salomonen: jeweils 2,8 (110 v. 178), Vanuatu: 3,6 (73 v. 178), Neukaledonien (Frankreich): 9,2 (25 v. 178), Fiji (2005): 4 (55 v. 158); aus: www.transparency.org v. 15.06.2010. Grundsätzlich gilt für die pazifischen Kleinstaaten aufgrund der überschaubaren Gesellschaften mit ausgeprägten vorstaatlichen Regelungsmechanismen ein überdurchschnittliches Korruptionsrisiko (vgl. Larmour 2005:4).

geführt haben, wenn auch auf einem bescheidenen Niveau. Die negative Bedeutung von Ressourcen in Melanesien bedingt sich durch eingeschränkte staatliche Funktionen und durch bereits bestehende Konflikte. Im Rahmen funktionierender staatlicher Regulationsmechanismen tragen die vorhandenen Rohstoffe zum Gemeinwohl bei. Sorgsam genutzt entschärfen sie sogar bestehende Konflikte. Ein ähnliches Ergebnis lässt sich für das Tangguh-Projekt in West-Papua erwarten, wenn die Betreiber ihre Ansprüche realisieren sollten. Falls diese Ansprüche umgesetzt werden, müssten die Paradigmen eines Ressourcenfluchs sowie ressourcenbedingter Konflikte auch hier verneint werden. Jedoch muss trotz dieses einfachen positiven Ausblicks auch erwähnt werden, dass Tangguh nur ein Projekt unter vielen darstellt, so dass die Gesamtbilanz in West-Papua weniger optimistisch stimmt.

Literatur

- Ahrend, Rudiger (2006): *How to Sustain Growth in a Resource Based Economy? The Main Concepts and Their Application to the Russian Case*; OECD Economic Department Working Paper No. 478, ECO/WKP
- Ammann, Raymond/Iten, Oswald (2004): „Staubkorn des Kolonialreichs“, in: *Der Überblick*, 40(1) März 2004, 68-71
- Andonova, Lilana B. (2010): „Public-Private Partnerships for the Earth: Politics and Patterns of Hybrid Authority in the Multilateral System“, in: *Global Environmental Politics*, 10(2) May 2010, 25-53
- Angleviel, Frédéric (2003): „Restoring the Economic Balance: The Nickel Stakes in New Caledonia“, in: *The New Pacific Review*, 2(1) December 2003, 155-167
- Australian Government (2004): *Solomon Islands-Rebuilding an Island Economy*, Department of Foreign Affairs and Trade, Economic Analytical Unit, Canberra
- Auty, Richard M. (1993): *Sustaining Development in Mineral Economies: The Resource Curse Thesis*, London
- Auty, Richard M. (2004): *Resource-Based Development in Russia: Risks and Opportunities*; Paper zur „Finnish-Russian Commission for Scientific and Technological Cooperation“, Seminar on the Russian Economy, Helsinki
- Banks, Glenn (2008): „Understanding ‚Resource‘ Conflicts in Papua New Guinea“, in: *Asia Pacific Viewpoint*, 49(1) April 2008, 23-34
- Beck, Martin (2007): „Der Rentieransatz und das Problem abweichender Fälle“, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 14(1) 2007, 41-68
- Behrendt, Siegfried/Scharp, Michael/Kahlenborn, Walter/Feil, Moira/Dereje, Cornelia/Delzei, Ruth/Bleischwitz, Raimund (2007): *Seltene Metalle. Maßnahmen und Konzepte zur Lösung des Problems konfliktverschärfender Rohstoffausbeutung am Beispiel Coltan*, Texte 08/07, Umweltbundesamt Dessau
- Biermann, Frank/Petschel-Held, Gerhard/Rohloff, Christoph (1998): „Umweltzerstörung als Konfliktursache?“, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 5(2) 1998, 273-308
- Billing, Peter (1992): *Eskalation und Deeskalation internationaler Konflikte*, Frankfurt/Main
- Blair, Dennis C./Phillips, David L. (2003): *Indonesia Commission: Peace and Progress in Papua*, Council on Foreign Relations, New York
- Böge, Volker (1998): *Bougainville: Kupferbergbau, Umweltzerstörung, Krieg*; Dossier Nr. 49, Pazifik-Informationsstelle, Neuendettelsau
- Böge, Volker (2001): *Konfliktpotentiale und Gewaltkonflikte im Südpazifik*, Arbeitspapier Nr. 1/2001; Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung der Universität Hamburg, Hamburg
- Böge, Volker (2004): *Muschelgeld und Blutdiamanten. Traditionelle Konfliktbearbeitung in zeitgenössischen Gewaltkonflikten*, Schriften des Deutschen Übersee-Instituts Nr. 63, Hamburg
- Böge, Volker (2005): „Friedenskonsolidierung in Nachkriegslagen“, in: Volker Böge et al. (Hg.): *Konflikte und Krisen in Ozeanien*, Neuendettelsau, 126-147
- Böge, Volker/Franke, Volker (2007): *Das BP Tangguh Erdgasprojekt in West-Papua/Indonesien. Ressourcenextraktion in einem fragilen Umfeld*, BICC Bonn

- Bonay, Yohanis G./McGrory, Jane (2004): „West Papua: Building Peace Through an Understanding of Conflict“, in: Annelies Heijmans/Nicola Simmonds/Hans van de Veen (Hgs.): *Searching for Peace in Asia Pacific. An Overview of Conflict Prevention and Peacebuilding Activities*, Boulder/London, 438-462
- Bonner, Raymond/Perlez, Jane (2006): *Gold's Other Price: Questionable Moves*, www.nytimes.com/2005/12/27/health/27iht-gold28.html?_r=1&pagewanted=all (23.06.2010)
- Boschini, Anne D./Pettersson, Jan/Roine, Jesper (2007): „Resource Curse or not: A Question of Appropriability“, in: *Scandinavian Journal of Economics*, 109(3) 2007, 593-617
- Brundige, Elisabeth/King, Winter/Vahali, Priyoneha/Vladeck, Stephen/Yuan, Xiang (2004): *Indonesian Human Rights Abuses in West Papua: Application of the Law of Genocide to the History of Indonesian Control*, Yale Law School, New Haven
- Burton, Bob (1999): *BHP Admits Ok Tedi Mine is Environmental Disaster*, www.atimes.com/oceania/AH13Ah01.html (18.06.2010)
- Burton, John (1997): „Terra Nugas and the Discovery Paradigm: How Ok Tedi was shaped by the Way it was found and how the Rise of political Process in the North Fly took the Company by Surprise“, in: Glenn Banks/Chris Ballard (Hgs.): *The Ok Tedi Settlement: Issues, Outcomes and Implications*, ANU Canberra, 27-55
- Carbonnier, Gilles (2007): „Was kann gegen den Ressourcenfluch getan werden?“, in: Institut Universitaire d'Études du Développement (Hg.): *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik*, Band 26, Nr. 2, Genf, 87-124
- Chalk, Peter (2000): *Non-Military Security and Global Order*, New York
- Chauvel, Richard/Bhakti, Ikrar Nusa (2004): *The Papua Conflict: Jakarta's Perceptions and Policies*, Policy Studies 5, East-West Center, Washington
- Clemens, Marius/Fuhrmann, Wilfried (2008): *Rohstoffbasierte Staatsfonds – Theorie und Empirie*, Institut für Makroökonomik der Universität Potsdam, Forschungsbericht Nr. 108, Potsdam
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke (1998): „On Economic Causes on Civil War“, in: *Oxford Economic Papers*, 50(4) Oktober 1998, 563-573
- Crocombe, Ron (2001): *The South Pacific*, Institute of Pacific Studies, 7th ed., USP Suva
- Elmslie, Jim (2010): *West Papuan Demographic Transition and the 2010 Indonesian Census: 'Slow Motion Genocide' or not?*, Papua Papers No. 1/Sep. 2010, West Papua Project at the Centre for Peace and Conflict Studies, The University of Sydney, Sydney
- Fairbairn, Te'o I. (1993): „Recent Developments“, in: Australian International Development Assistance Bureau (AIDAB) (Hg.): *The Papua New Guinea Economy: Prospects for Sectoral Development and Broad Based Growth*, International Development Issues 30, Canberra, 1-23
- Filer, Colin (1997): „Compensation, Rent and Power in Papua New Guinea“, in: Susan Toft (Hg.): *Compensation for Resource Development in Papua New Guinea*, ANU Canberra, 156-189
- Finin, Gerard A./Wesley-Smith, Terence A. (2000): *Coups, Conflicts and Crises: The New Pacific Way?*, Pacific Islands Development Series No. 13, East-West Center, Honolulu
- Forell, Matthias (2009): *Anthropologische Perspektiven auf die Bergbaupolitik Papua-Neuguineas: Eine Untersuchung der sozioökologischen Auswirkungen des neuen Ramu-Nickel-Projekts in der Madang-Provinz*, Saarbrücken
- Franke, Martina (2009): „Historische und aktuelle Lösungsansätze zur Rohstoffversorgungssicherheit“, *Beiträge zum transnationalen Wirtschaftsrecht*, Heft 84, Halle
- Gantzel, Klaus Jürgen/Schwinghammer, Torsten (1995): *Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1992, Daten und Tendenzen*, Band 1, Münster
- Gaiy, Benny (2001): „Against Indonesia – West Papuan Strategies of Resistance Against Indonesian Political and Cultural Aggression in the 1980s“, in: Ingrid Wessel/Georgia Wimhöfer (Hgs.): *Violence in Indonesia*, Hamburg, 129-138
- Greenpeace International (1994): *Solomon Islands – Concession Fever*, Dossier Nr. 42, Pazifik-Informationsstelle, Neuendettelsau
- Hirschberger, Peter (2005): *Heiße Ware Tropenholz*, WWF Deutschland, Frankfurt/Main
- Hodler, Roland (2006): „The Curse of Natural Resources in Fractionalized Countries“, in: *European Economic Review*, 50(6) August 2006, 1367-1386
- Holtz, Andreas (2006): „Hegemonialer Interventionismus oder humanitäre Stabilisierung? Die Entwicklung der australischen Pazifikpolitik zur pazifischen Integration“, in: *ASIEN*, 26(3) 101/Oktober 2006, 46-64
- Holtz, Andreas (2008): *Insulare Kleinstaatlichkeit als Strukturdeterminante am Beispiel der pazifischen Inselstaaten: ein dreidimensionaler Vergleich zwischen Polynesien und Melanesien*, Saarbrücken.
- Homer-Dixon, Thomas F. (1994): „Environmental Scarcities and Violent Conflict: Evidence from Cases“, in: *International Security*, 19(1) 1994, 5-40

- IEA (International Energy Agency) (2010): *International Energy Outlook 2010*, US Department of Energy, Washington
- Jardin, Pierre (1999): *Neukaledonien: Indigener Minenbesitz in Kanaky – Probleme und Perspektiven*, Dossier Nr. 50 der Pazifik-Informationsstelle, Neuendettelsau
- Kaufmann, Daniel/Kraay, Aart/Mastruzzi, Massimo (2009): *Governance Matters VIII – Aggregate and Individual Governance Indicators 1996-2008*, World Bank Policy Research Working Paper 4978, Washington
- Ketan, Joseph (2007): *The Use and Abuse of Electoral Development Funds and their Impact on Electoral Politics and Governance in Papua New Guinea*, CDI Policy Papers on Political Governance 2007/02, Centre for Democratic Institutions, ANU Canberra
- Kistermann, Holger (2006): „West-Papua“, in: Werner Kreisel (Hg.): *Mythos Südsee – Länderprofile Ozeaniens zu Wirtschaft und Gesellschaft*, Hamburg, 210-215
- Kowasch, Matthias (2009): „Neukaledonien zwischen Staatenbildung und Ressourcenausbeutung“, in: *Pacific News*, Nr. 32, 18(2) Juli/August 2009, 8-11
- Koyuncu, Cuneyt/Yilmaz, Rasim (2009): „The Impact of Corruption on Deforestation: A Cross-Country Evidence“, in: *The Journal of Developing Areas*, 42(2) Spring 2009, 213-222
- Krosigk, Friedrich von (1994): „Struktur- und Entwicklungsprobleme der südpazifischen Inselwelt“, in: Dieter Nohlen/Franz Nuscheler (Hg.): *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. 8 Ostasien und Ozeanien, 3. Aufl. 1994, Bonn, 298-324
- Lane, Philip/Tornell, Aaron (1996): „Power, Growth, and the Voracity Effect“, in: *Journal of Economic Growth*, 1(2) June 1996, 213-241
- Larmour, Peter (1990): „Public Choice in Melanesia: Community and Bureaucracy and the Market in Land Management“, in: *Public Administration and Development*, 10(1) 1990, 53-68
- Larmour, Peter (2003): „The Foreignness of the State in the South Pacific“, in: *The New Pacific Review*, 2(1) December 2003, 24-34
- Larmour, Peter (2004): „National Integrity Systems in the Pacific Island States“, in: Transparency International (ed.): *Global Corruption Report 2005*, Berlin, 242-244
- Larmour, Peter (2005): *Corruption and Accountability in the Pacific Islands*, Policy and Governance Discussion Papers 05/10, Asia Pacific School of Economy and Government, ANU Canberra
- Leidhold, Wolfgang H. (1991): *Krise unter dem Kreuz des Südens: Die Pazifische Inselregion und die internationale Sicherheit*, Baden-Baden
- Leith, Denise (2003): *The Politics of Power: Freeport in Suharto's Indonesia*, Honolulu
- Lienert-Emmerlich, Hilde/Krieg, Martin (2008): „Papua Neuguinea: Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen“, in: Evangelisches Missionswerk Deutschland (Hg.): *Pazifik. Glaube-Kultur-Gesellschaft*, Hamburg, 185-188
- MacLeod, Jason (2007): „Self-Determination and Autonomy: The Meanings of Freedom in West Papua“, in: M. Anne Brown (ed.): *Security and Development in the Pacific Islands. Social Resilience in Emerging States*, London, 139-167
- May, Ron (1998): „From Promise to Crises: a Political Economy in Papua New Guinea“, in: Peter Larmour (ed.): *Governance and Reform in the South Pacific*, ANU Canberra, 54-73
- McBeth, John (1994): „Economies: Treasure Island“, in: *Islands Business*, 20(4) April 1994, 31-38
- McCulloch, Lesley (2003): „Trifungsi: The Role of the Indonesian Military in Business“, in: Jörn Brömmelhörster/Wolf-Christian Paes (eds.): *The Military as an Economic Actor. Soldiers in Business*, Basingstoke/New York, 94-123
- Meek, David/Walton, Abigail Abrash (2007): *Freeports Façade Fails Amidst Investigations and Divestment*, www.jatam.org/english/index.php?option=com_content&task=view&id=66&Itemid=53 (23.06.2010)
- Mehlum, Halvor/Moene, Karl Ove/Torvik, Ragnar (2005): *Cursed by Resources or Institutions?*, Department of Economics, Norwegian University of Science and Technology, Working Paper Series No. 10/2005, Trondheim
- Mehlum, Halvor/Moene, Karl Ove/Torvik, Ragnar (2006): „Institutions and the Resource Curse“, in: *The Economic Journal*, 116(1) January 2006, 1-20
- Moore, Cliff (2008): „Pacific View: The Meaning of Governance and Politics in the Solomon Islands“, in: *Australian Journal of International Affairs*, 62(3) September 2008, 386-407
- Mückler, Hermann (2000): „Melanesien in der Krise“, *Wiener Ethnohistorische Blätter*, Heft 46, Wien.
- Pazifik-Informationsstelle (1994): *West-Papua – Zerstörtes Paradies*, Neuendettelsau
- Regan, Anthony (1997): „The Papua New Guinea Policy-Making Environment as a Window on the Sandline Controversy“, in: Sinclair Dinnen et al. (eds.): *Challenging the State: The Sandline Affair in Papua New Guinea*, ANU Canberra, 82-93

- Risse, Thomas (2005): „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“, in: *Internationale Politik*, 60(9) September 2005, 6-12
- Robinson, James A./Torvik, Ragnar/Verdier, Thierry (2006): „Political Foundations of the Resource Curse“, in: *Journal of Development Economics*, 79(2) April 2006, 447-468
- Ron, James (2005): „Paradigm in Distress? Primary Commodities and Civil War“, in: *Journal of Conflict Resolution*, 49(4) 2005, 443-450
- Rüde, Thomas (1999): *Papua-Neuguinea: Lihir – Ein Fall nachhaltiger Entwicklung?*, Dossier Nr. 51, Pazifik- Informationsstelle, Neuendettelsau
- Schilder, Klaus (2005): „Bergbau im Pazifik“, in: Volker Böge et al. (Hg.): *Konflikte und Krisen in Ozeanien*, Neuendettelsau, 54-69
- Schneckener, Ulrich (2004): „States at Risk - Zur Analyse fragiler Staatlichkeit“, in: ders. (Hg.): *States at Risk: Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 5-27
- Seib, Roland (1998): *Umweltzerstörung – Ethnizität – ‚bad governance‘. Modernisierungskonflikte am Beispiel der Ok Tedi Mine in Papua-Neuguinea*, Dossier Nr. 48, Pazifik-Informationsstelle, Neuendettelsau
- Seib, Roland (2000): *Big-Men, Korruption und ‚bad governance‘ – Politische Instabilität und Staatsversagen in Papua-Neuguinea*, Dossier Nr. 56, Pazifik-Informationsstelle, Neuendettelsau
- Seib, Roland (2001): „Landrechte im Pazifik – Vielfalt und Widersprüche am Beispiel Papua-Neuguinea“, in: Pazifik-Informationsstelle (Hg.): *‚Unser Land – unsere Seele‘ Landrechte im Pazifik zwischen Tradition und Moderne*, Dossier Nr. 59, Pazifik-Informationsstelle, Neuendettelsau, 3-6
- Seib, Roland (2006): „Papua-Neuguinea“, in: Werner Kreisel (Hg.): *Mythos Südsee. Länderprofile Ozeaniens zu Wirtschaft und Gesellschaft*, Hamburg, 156-166
- Taylor, C.R.H. (1965): *A Pacific Bibliography: Printed Matter Relating to the Native Peoples of Polynesia, Melanesia and Micronesia*, Oxford
- Wälterlin, Urs (2010): *Rohstoffboom im Pazifik-Staat*, aus: www.handelsblatt.com/politik/international/papua-neuguinea-rohstoffboom-im-pazifik-staat;2517078 vom 23.01.2010 (Aufruf: 11.06.2010)
- Wielders, Iris (2004): *RAMSI: The ‘Cooperative Intervention’ Model and its Implications*, ANU Canberra
- Wing, John/King, Peter (2005): *Genocide in West Papua? The Role of the Indonesian State Apparatus and a Current Needs Assessment of the Papuan People*, Centre for Peace and Conflict Studies, University of Sydney, Sydney
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltbedingungen (2001): *Welt im Wandel. Neue Strukturen globaler Umweltpolitik*, Berlin et al.
- Wolf, Peter Michael (2002): *Norddeutsche Affi ist der Liebling der Analysten*, www.welt.de/print-welt/article382531/Norddeutsche_Affi_ist_der_Liebling_der_Analysten.html (Aufruf: 18.06.2010)

Internetquellen:

- <http://dds.bps.go.id/eng/> (14.06.2010)
- www.adb.org/Documents/Books/ADO/2003/sol.asp (11.06.2010)
- www.atimes.com/oceania/AH13Ah01.html (18.06.2010)
- www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/nc.html (11.06.2010)
- www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html (12.06.2010)
- www.handelsblatt.com/politik/international/papua-neuguinea-rohstoffboom-im-pazifik-staat;2517078 (11.06.2010)
- www.isee.nc (14.06.2010)
- www.jatam.org/english/index.php?option=com_content&task=view&id=66&Itemid=53 (23.06.2010).
- www.nso.gov.pg (14.06.2010)
- www.nytimes.com/2005/12/27/health/27iht-gold28.html?_r=1&pagewanted=all (23.06.2010)
- www.spc.int/prism/country/sb/stats/ (14.06.2010)
- www.spc.int/prism/country/VU/stats/ (14.06.2010)
- www.statsfiji.gov.fj (14.06.2010)
- www.transparency.org (15.06.2010)
- www.usgs.gov (10.06.2010)
- www.welt.de/print-welt/article382531/Norddeutsche_Affi_ist_der_Liebling_der_Analysten.html (18.06.2010)